

Die Ideologie in den Schulbüchern

LESEZEIT 7 MINUTEN 19.09.2015 3



<https://nzz.at/s/mSGv5>

NZZ.at



Globalisierung, Emanzipation, österreichische Identität: In Geschichte-Schulbüchern wird die nächste Generation politisch geprägt. Doch: Wo enden Fakten, wo beginnt Ideologie? Eine Schulbuch-Analyse.

Mitarbeit: Gerhard Eichholzer.

Einen besseren Werbeplatz gibt es wahrscheinlich nicht. Christian Felber, Gründungsmitglied von ATTAC, hält lächelnd seine Bücher „Gemeinwohl-Ökonomie“ und „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“ in die Kamera. Ein Foto wie aus einem Verlagskatalog. Die Empfänger finden die

Werbeeinschaltung an einem Ort, an dem sie sich eigentlich vor politischer Propaganda geschützt fühlen sollten: im Klassenzimmer.

Das Bild des Globalisierungskritikers findet sich im Schulbuch „Go!“ für die achte Klasse Gymnasium in einem Kapitel über Globalisierung. Mithilfe Felbers Büchern müssen Maturantinnen und Maturanten Fragen am Ende des Abschnitts beantworten.

Felber ist nicht unumstritten. Für die einen ist er eine wichtige Stimme, der in seinen Büchern Alternativen zum Kapitalismus, Globalisierung, Demokratieabbau aufzeigt. Für andere ist er ein Traumtänzer, der sich die Welt zurechtbiegt. Wer recht hat, sei dahingestellt. Die Frage ist eher: Was hat das Bild – uneingeordnet – in einem der meistverwendeten Geschichtebücher der achten Klasse zu suchen?

Das Schulbuch ist seit Jahrzehnten das Leitmedium im Unterricht. Schüler arbeiten ein ganzes Jahr mit den Büchern, unterstreichen wichtige Sätze, lernen daraus, bis die Bücher in Kartons auf dem Dachboden verschwinden.

Im Geschichteunterricht setzen sich Schüler möglicherweise das erste Mal mit der Vergangenheit auseinander. Hier werden sie geprägt. Der Blick in die Vergangenheit hilft dabei, sich in der Gegenwart zu orientieren – in politischer, aber auch in moralischer Hinsicht.

Blättert man durch die am häufigsten verwendeten Bücher des Fachs „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ der Gymnasien in Österreich, findet man in vielen Kapiteln eine tendenziöse Schwerpunktsetzung und Quellenauswahl; Themen werden weggelassen, andere aufgebauscht. Welche politische Bildung wird der jungen Generation mitgegeben?

Die Diktatur des Weltmarktes gefährdet die Demokratie?

„Go! Geschichte“ und „Zeitbilder“ sind die populärsten Schulbücher der achten Klasse Gymnasium. Im Lehrplan stehen komplexe Themen, jene mit viel Interpretationsspielraum: Medien, Globalisierungsprozesse, Extremismus.

Bleiben wir beim Thema Globalisierung: Sie schließt Vernetzung, Mobilität, neue Märkte mit ein, aber auch Ausbeutung, Abwanderung in Billiglohnländer und Armut. In „Zeitbilder“ gehört Globalisierung zur dunklen Seite der Macht.

Das Phänomen wird im

Kapitel

3 Diskutieren Sie mit Elisabeth Gamperl

„Herausforderungen der

Gegenwart“ direkt nach dem Thema Terrorismus behandelt. Nach der Überschrift „Neoliberal – total global“, folgt ein vierseitiges düsteres Bild der gegenwärtigen, globalen Welt – gut bestückt mit einer Reihe von Globalisierungskritikern, die nicht als solche ausgewiesen sind.

Darunter auch Jean Ziegler, einer der berühmtesten deutschsprachigen Globalisierungskritiker und lange Zeit auch UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Folgendes Ziegler-Zitat steht hervorgehoben nach der Zwischenüberschrift „Diktatur des Weltmarktes – Gefahr für die Demokratie“:

„Im Jahr 2010 haben die 500 größten Privatkonzerne aller Sektoren 52,8 Prozent des Weltbruttosozialproduktes beherrscht. Die haben eine Macht, wie sie auf diesem Planeten nie ein König, nie ein Kaiser, nie ein Papst gehabt hat.“

Die Globalisierung hat zur Folge, so steht es zumindest in „Zeitbilder“ geschrieben, dass Arbeitnehmer nur mehr unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie profitabel sie im Betrieb einsetzbar sind.

Aktien steigen, wenn Arbeitnehmer fallen, wird Rolf Hochhuth zitiert. Hochhuth schreibt Theaterstücke, er ist Dramatiker. Er hat weder Wirtschaft studiert noch sich beruflich außerhalb der Kunst bewegt. Warum seine

Meinung zum Thema Globalisierung in einem Schulbuch hervorgehoben wird, ist zu hinterfragen.

Das Kapitel ist aber noch lange nicht zu Ende: In die Reihe der Globalisierungskritiker ordnet sich auch die Bewegung ATTAC ein. Auch ihren Forderungen wird Raum gegeben; es wird – wieder unkommentiert – aus ihrer Gründungsdeklaration zitiert. Das Kapitel endet mit einem halbseitigen Foto der Aktivistinnen von „Occupy Wall Street“, auf dem sie ein Plakat mit der Aufschrift „We are the 99 %“ in die Höhe halten. Im Text darunter geht es um die Finanzkrise. Gegenmeinungen zur Globalisierungskritik findet man im Kapitel nirgends.

Gefühle und die österreichische Seele

Nicht nur bei der Quellenauswahl schwingen politische Tendenzen mit, sondern machen sich auch dadurch bemerkbar, wie viel Raum Themen gegeben wird. Dazu hat NZZ.at die Inhaltsverzeichnisse der beiden beliebtesten Schulbücher der siebten Klasse analysiert. Wie in der achten sind dies wieder die beiden Bücher „Go!“ und „Zeitbilder“.

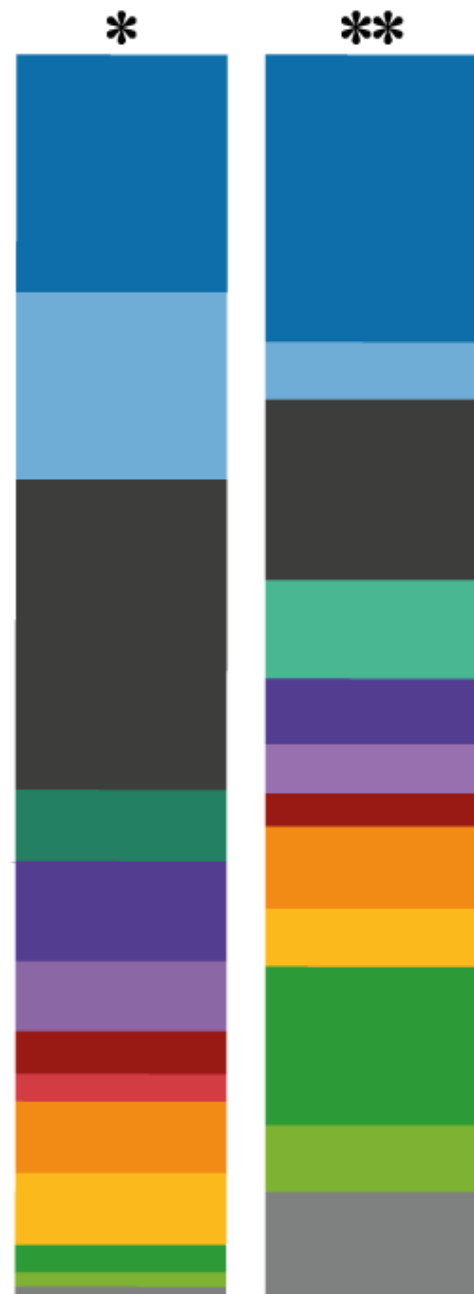
Beide setzen unterschiedliche Schwerpunkte: „Zeitbilder“ fokussiert stärker auf internationale Politik: Der Nachwuchs lernt etwa von Lateinamerika, Albanien, dem Aufstieg Chinas zur Großmacht und der Kubakrise. Themen, die kaum bis gar nicht in „Go!“ vorkommen.

„Go!“ hingegen stellt den Aktivismus in den Vordergrund: 1968er-Jugend, Umweltbewegung, Feminismus. Die Schüler lesen von der Marxistin Rosa Luxemburg und die Modernisierung der katholischen Kirche unter Papst Johannes XXIII. „Go!“ behandelt aber nur auf rund 20 Seiten den Nationalsozialismus, während „Zeitbilder“ dem Thema mehr als doppelt so viele Seiten widmet.

* Zeitbilder 7

** GO! 7

Zwischenkriegszeit
 Österreich: Erste Republik
 Nationalsozialismus
 Allgemein: 1945-1991
 Österreich: Zweite Republik
 Kalter Krieg
 1968, Jugendbewegungen
 Frauenbewegung
 Umweltbewegungen
 Entkolonialisierung
 Sonstiges International
 Österreich: Identität
 Lernübungen
 Sonstiges




Grafik: Moritz Gottsauner-Wolf

In „Go!“ wird, so erkennt man durch die Analyse, viel mehr Emotion mitgegeben, Politik von unten, Zivilgesellschaft sozusagen. Die Schulbuchautoren widmen sich auch der österreichischen Identität und dem Nationalbewusstsein. Auf drei Seiten wird die österreichische Seele skizziert: von Helmut Qualtinger zum Erinnerungsort Heldenplatz bis hin zu der Frage „Deutsch oder Österreichisch? – Die Entwicklung des österreichischen Nationalbewusstseins“.

Wie die Bücher in die Schule kommen

Es entscheidet die Schule, aus welchem Buch die Schüler lernen. Damit entscheidet die Schule auch, welche politischen Schwerpunkte dem Nachwuchs mit auf den Weg gegeben werden.

Wie ist es möglich, dass historische Ereignisse in Schulbüchern so verschieden behandelt werden, obwohl sie beide als Schulbücher zugelassen wurden?

Die Schulbücher kommen aus dem Pool der [Schulbuchaktion](#) , die vom Familienministerium finanziert wird.

Das Bildungsministerium ist jedoch für die Prüfung der Bücher zuständig. Dort muss der Autor auch das Manuskript einreichen. Laut Bildungsministerium lesen mindestens zwei Gutachter die Texte. Gutachter werden von der Bundesministerin ernannt und sind vier Jahre lang Organe des Bundes.

Sie kontrollieren die Fakten und bewerten nach bestimmten Kriterien – etwa ob der Lehrplan eingehalten wird oder demokratische Einstellungen vermittelt – sowie ob Themen altersgerecht verpackt werden.

Der Gutachter entscheidet

Und hier ist der Haken: Jeder Gutachter setzt andere Schwerpunkte. Das bestätigt auch der Schulbuch-Verleger Michael Lemberger. Sein erstes Schulbuch veröffentlichte er 1994. „Manche Gutachter fokussieren sich eher auf Übungen und Arbeitsaufträge, andere wiederum fixieren sich etwa auf Bilder oder sprachlichen Ausdruck“, sagt Lemberger. Je nach Gutachter wird also etwas angekreidet oder eben auch nicht. Es liegt anscheinend im Ermessen des Gutachters, welche Bücher schlussendlich freigegeben werden.

Offenbar ist beim Begutachtungsverfahren auch das pädagogische Konzept wenig standardisiert. Das merkt man an den beiden Beispielen „Zeitbilder“

und „Go!“: Sie sind didaktisch komplett anders aufgebaut. Während „Zeitbilder“ etwa chronologisch vorgeht und die Übungen („Kompetenztraining“) in die Kapitel einbaut, wählten die Autoren von „Go!“ einen stärker **kompetenzorientierten Zugang** ▼ Die Schüler analysieren in „Go!“ Wahlplakate, Lieder und Karikaturen und sollen eine Gedenkstätte besuchen.

Gegen den wirtschaftlichen Mainstream bürsten

Mit jedem Buchtipp, jedem Autor, jedem Zitat, jeder pädagogischen Übung gibt man eine Richtung vor, legt sozusagen den Geist der Schrift fest. Das ist gerade bei Geschichtsbüchern heikel. Zwar werden im Lehrplan die Überthemen wie beispielsweise Friedenspolitik nach 1918 vorgegeben – mit welchen Beispielen die Themen bestückt werden, bleibt aber den Autoren überlassen.

Der Österreichische

Bundesverlag verlegt die ³ Diskutieren Sie mit Elisabeth Gamperl

Zeitbilder-Bücher. In

einer schriftlichen Stellungnahme steht er zu ihrer globalisierungskritischen Haltung im Schulbuch:

„Da der wirtschaftliche Mainstream faktisch klar in Richtung Globalisierung geht ist es wohl die Aufgabe eines zum kritischen Denken und Urteilen anregenden Unterrichtswerkes, manches „gegen den Strich“ zu bürsten.“

Warum der „wirtschaftliche Mainstream“ aber gar keine Stimme erhält, ist damit aber nicht beantwortet, und auch nicht, warum ein Schulbuch „gegen den Strich“ bürsten muss. Es bürstet auch niemand im Schulbuch gegen den Mainstream, wenn es etwa um das Thema Klimawandel geht.

Der kleinste Nenner von Autor, Verlag und

Ministerium

„Es wäre naiv zu glauben, dass ein Geschichtsbuch untendenziös sein könnte“, sagt Brigitte Messner, Lektorin von „Go!“, verlegt vom E.Dorner-Verlag. Der Verlag bemühe sich aber, die Schüler darauf aufmerksam zu machen. So findet man im Buch für die achte Klasse ein Kapitel zur „Dekonstruktion von Geschichte-Schulbüchern“, in der die Schüler zum kritischen Hinterfragen angeregt werden. Das Bild mit Felber und seinen Büchern werde man für die nächste Auflage kommenden Jahr entfernen: „Ja, wir haben übersehen, dass Felber da besonders hervorsticht“, sagt Messner.

In Zukunft jedem seine Geschichte

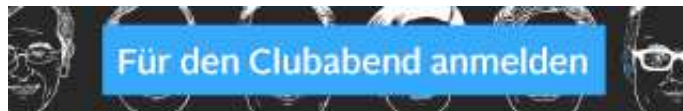
Lemberger vom Bildungsverlag Lemberger sagt, dass es gerade im Fach „Geschichte und Politische Bildung“ schwierig ist, ein Lehrbuch zu schreiben. „Ein Schulbuch ist immer nur der kleinste gemeinsame Nenner von Autor, Verlag und Ministerium“, sagt er.

Das Schulbuch entwickelt sich indessen permanent weiter. Mittlerweile gibt es digitale Bücher mit Links für die Online-Recherche. Lembergers Verlag arbeitet derzeit an einem neuen Konzept. In Zukunft sollen Lehrer im Schulbuch digital Seiten hinzufügen und drucken lassen können. Damit habe dann jeder Lehrer sein individuelles Schulbuch, sagt Lemberger. Und jede einzelne Klasse ihre eigene Geschichtsschreibung.



<https://nzz.at/s/mSGv>

3 Diskutieren Sie mit Elisabeth Gamperl



„Europa könnte viel erfolgreicher sein“

LESEZEIT 6 MINUTEN 19.09.2015



<https://nzz.at/s/m3Dv€>



Christin Severin

REDAKTEURIN

Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair plädiert für eine wettbewerbsfähige Energiepolitik. Zur Überwindung der Flüchtlingskrise in Europa müsse an der Wurzel angesetzt, also eine Lösung in Syrien gefunden werden. NZZ-Wirtschaftsredakteurin Christin Severin hat mit Blair gesprochen.

Mr. Blair, in Ihrer Zeit als britischer Premierminister haben Sie die

Klimapolitik hoch oben auf die wirtschaftspolitische Agenda gesetzt. Wo sollte Europa in der Energie- und Klimapolitik heute die Prioritäten setzen?

Tony Blair: Europa hat sich sehr ehrgeizige Emissionsziele gegeben. Nur um dorthin zu gelangen, braucht es einen recht radikalen Wandel, bei dem Europa seinen Energiemix erheblich ändern muss. Ich denke, die größte Priorität muss sein, in Europa ein gemeinsames Stromnetz aufzubauen. Dies würde einen großen Schritt in der Effizienz bringen und dabei helfen, die Klimaziele zu erreichen. Und ich denke, dass wir Änderungen und Anpassungen im Emissionshandel machen müssen.

Laufen Länder, die auf ambitionierte Weise eine Energiewende ansteuern, nicht Gefahr, in eine Subventionsfalle zu geraten?

In Großbritannien hatten wir mit meiner Regierung eine Regierung, die einen Mix aus verschiedenen Politikinstrumenten einsetzte. Das ist immer noch so. Es gab und gibt dort einen Platz für Subventionen. Aber langfristig braucht man Lösungen, die kosteneffizient sind, wettbewerbsfähig und den Unternehmen sowohl lokal wie auch global Kooperationen erlauben.

In Europa zeichnet sich ein Trend zur Polarisierung der Politik und zu einer Schwächung der vernünftigen politischen Mitte ab. Wie erklären Sie, als Kopf von New Labour und Großbritanniens drittem Weg, die Abkehr von der Mitte?

Es gibt immer noch eine sehr große Unterstützung für die politische Mitte, in Europa und anderswo. Der Erfolg von jemandem wie Ministerpräsident Renzi in Italien ist ein Zeugnis dafür. Aber in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, besonders im Nachgang zur Finanzkrise, bekommt man sehr starke Protest-Bewegungen, sowohl nach links als auch nach rechts. Durch diese Polarisierung wird das Zentrum zusammengedrückt. Es ist interessant zu sehen, wie oft die extreme Rechte und die extreme Linke sich auf gleichem Terrain zusammenschließen. Das passiert beispielsweise bei den Isolationisten, die gegen die Globalisierung sind und in der Regel fragwürdige Positionen gegenüber der Unternehmenswelt vertreten. Ich bin

der Ansicht, dass diese Positionen falsch sind, wir uns in der Welt engagieren und die Globalisierung annehmen und zum Funktionieren bringen sollten. Die richtigen Lösungen sind Lösungen der politischen Mitte. Diese hat immer noch am meisten zu bieten. Und während der meisten Zeit gewinnen Leute, die solche Positionen vertreten, dann auch die Wahlen.

Als Nicht-EU-Mitglied hat die Schweiz einiges Verständnis für die Probleme der Briten mit der EU. Wie erklären Sie die EU-Skepsis in Ihrem Land? Denken Sie, dass es zu einem Brexit, einem Austritt aus der EU, kommen könnte?

Ich hoffe und glaube, dass Großbritannien EU-Mitglied bleibt. Wir alle kennen Frustrationen mit der EU. Es ist ein Klub mit 28 Mitgliedern. Die Regeln und Institutionen sind über eine lange Zeit gewachsen. Europa braucht Reformen. Aber die Grundidee von Europa trägt immer noch. Das 21. Jahrhundert wird von China dominiert, mit einer Bevölkerung, die dreimal so groß ist wie die ganze EU. Indien hat eine Milliarde Einwohner, und sogar in Indonesien gibt es dreimal so viele Menschen wie in Deutschland. In dieser Welt sollte Europa seine kollektive Stärke nutzen, um die Welt positiv zu beeinflussen. Die Idee von Europa ist richtig, aber ihre Implementierung ist schwierig, besonders nach der Krise der europäischen Währungsunion. Für Großbritannien ist es das Beste, in der EU zu bleiben, und für die EU ist es das Beste, stark zu bleiben oder stärker zu werden. Aber es ist leider so, dass Europa derzeit von Menschen gemacht wird, die die Probleme mitverursacht haben.

Welche Reformen würden Sie in der EU einleiten, wenn Sie in der entsprechenden Position wären?

Für Europa ist es das Wichtigste, sich auf einige große Probleme zu fokussieren und Lösungen dazu umzusetzen. Dazu gehören die Vollendung des Binnenmarktes, eine gemeinsame Energiepolitik, das Schaffen von Verbindungen zwischen den Bildungssystemen sowie das Angehen grenzüberschreitender Themen wie Kriminalität und Immigration. Wenn sich Europa darauf konzentrieren würde, wäre es sehr viel erfolgreicher. Das

Problem ist, dass sich Europa mit einer eurokratischen Debatte auf sich selbst zurückzieht. Das erscheint den Menschen oft nicht als relevant für ihr Leben. Die Schweizer haben in vielem die gleichen Kritikpunkte wie die Briten. Die Briten brauchen die EU, aber die EU braucht auch die Briten.

Die Welt wird derzeit vom großen Flüchtlingselend der Menschen aus Syrien und anderen Ländern erschüttert. Wie sollte Europa reagieren?

Der einzige Weg ist, bei den Ursprüngen anzusetzen. Wenn man keine Lösung für Syrien hat, hat man keine Lösung für das Flüchtlingsproblem. Man kann eine großzügige Politik verfolgen, aber wenn man die Leute willkommen heißt, schafft man einen Magneten für noch mehr Ankömmlinge. Wenn man sich umgekehrt weigert, Flüchtlinge aufzunehmen, ist man kaltherzig zu Menschen in einer verzweiferten Situation. Das ist, politisch gesprochen, eine Situation, in der man nur verlieren kann. Aus diesem Grund braucht es eine Lösung für Syrien, für Libyen und die anderen Länder beispielsweise in Nordafrika. Wenn man hier versagt, bekommen wir mehr Terrorismus. Wenn man eine Situation schafft, in der es eine Massenimmigration in Europa gibt, wird dies massive Spannungen auslösen.

Denken Sie nicht, dass die Flüchtlingskrise von heute zeigt, dass die Interventionen im Irak und in Libyen ein Fehlentscheid waren?

Ich bin immer erstaunt, wenn Leute dies sagen, denn das größte Problem heute ist Syrien, wo wir nicht interveniert haben. Im Irak haben wir heute immerhin eine Regierung, die international akzeptiert wird, und zwar sowohl vom schiitisch dominierten Iran als auch vom sunnitisch geprägten Saudi-Arabien und vom Weißen Haus. Das Problem in Syrien ist, dass wir nicht interveniert haben. In der Außenpolitik sind Interventionen schwierig; nicht zu intervenieren, ist aber ebenfalls schwierig.

Was ist der beste Weg, um die Immigration zu meistern?

Die Leute, die man ins Land hereinlässt, müssen integriert werden. Aber dies

ist für die Politik sehr schwierig. Auf der einen Seite wollen die Menschen großzügig sein, auf der anderen haben sie Angst, von der großen Anzahl von Flüchtlingen überfordert zu werden. Deshalb ist es wichtig, die Ursache der Probleme zu lösen.

Am G-8-Treffen 2005 in Schottland haben Sie den Kampf gegen die Armut und die Millenniums-Entwicklungsziele ganz oben auf die Agenda gesetzt. Wie beurteilen Sie heute das Erreichte?

Beim Kampf gegen die Armut haben wir einen beträchtlichen Schuldenerlass für die ärmsten Länder erreicht. Großbritannien und die USA haben die Entwicklungshilfe verdreifacht. Wir haben nicht alle Ziele erreicht, aber viele.

Umstrittene Beratermandate, beispielsweise das für den kasachischen Präsidenten Nasarbajew, belasten Ihren Ruf, da man denkt, dass Sie einen zu offenen Umgang mit Regimen pflegen, wenn Sie Geld für Beratungsleistungen erhalten. Warum nehmen Sie solche Mandate an?

Mit allen Regierungsmandaten, die ich weltweit annehme, verdiene ich persönlich kein Geld. Meine Organisation hilft der Regierung mit ihrem Reformprogramm. Ich glaube, dass Kasachstan ein wichtiges Land ist. Es liegt zwischen Russland und China, hat eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung, und es ist trotz seiner Nachbarn ein Alliiertes des Westens. Es gibt Leute, die sagen, wir sollten dort nicht arbeiten, aber sie sollten nicht behaupten, dass wir uns dort persönlich bereichern. Was ich in Afrika über meine Stiftung oder auch andernorts mache, tue ich, weil ich denke, dass es wichtig ist, diesen Ländern auf dem Weg der Veränderung zu helfen.



<https://nzz.at/s/m3Dv5>

Diskutieren Sie mit Christin Severin

